

In den Arbeiterbezirken geht eine Umgestaltung des Straßenplanes vor sich, es werden breite Straßen mit Rasenanlagen angelegt, neue Gärten und Parks geschaffen. Der überwiegende Teil aller Gärten und Parks des alten Petersburg fiel auf die zentralen Teile der Stadt. In den Arbeitervierteln gab es fast gar keine Gärten zur öffentlichen Benutzung, obwohl es in diesen Gebieten zwei riesige Parks von mehr als 50 000 Quadratkilometer Flächeninhalt gab, die aber von hohen Mauern umgeben waren und nur den Besitzern dienten. Der Leningrader Sowjet eröffnete den Arbeitern die Tore dieser Parks. So ging der Sowjet in allen Arbeitervierteln vor, öffnete eine Reihe privater Gärten für die allgemeine Benutzung und legte viele neue Parks an. An Stelle der wüsten Plätze und Ablagerungsstätten entstanden neue Gärten und Kinderspielplätze.

In den letzten drei Jahren wurden in den Arbeiter-rayons 16 Gärten und eine Anzahl Kinderspielplätze im Flächenausmaße von 47 000 km<sup>2</sup>, neu angelegt.

Aber nicht nur in der Frage der Gärten zeigt sich die gewaltige Bedeutung der Kommunalisierung des Grund und Bodens. Alle Fragen der rationellen Umgestaltung der Stadt sind eng damit verbunden. Leningrad wächst, die Bedürfnisse der Industrie und der städtischen Bevölkerung vergrößern sich, und im Zusammenhang damit ist die Umgestaltung einer Reihe von Straßen und Plätzen der Stadt äußerst dringend geworden. Welch geringe Bedeutung die ehemalige Petersburger Munizipalität diesen Fragen beimaß, erhellt daraus, daß bis heute kein genügend genauer Plan der Stadt existiert. Erst jetzt wird an der Herstellung eines Planes Leningrads gearbeitet, der als Basis der Umplanierungsarbeiten dienen soll; dabei werden Aero-photoaufnahmen benutzt.

Aber wie groß auch die Bedeutung der Kommunalisierung von Grund und Gebäuden für die rationelle Planierung und die Entwicklung der öffentlichen Wohlfahrt sei, ihre Hauptbedeutung liegt nicht hierin. Früher als die Häuser sich in den Händen privater Eigentümer befanden, und die Munizipalität, die selber aus Hausbesitzern bestand, nicht daran dachte, deren Appetit zu begrenzen, war die Wohnungsfrage die allerschwerste für die arbeitende Bevölkerung. Die Wohnungsmiete wurde ganz nach den Wünschen der Hausbesitzer bestimmt. Wegen des kleinsten Zahlungsrückstandes wurde der Arbeitslose unverzüglich mit seiner Familie auf die Straße geworfen. Und durch diese „Freiheit der ökonomischen Wechselbeziehung“ auf dem Wohnungsmarkt hat natürlich das Proletariat am meisten gelitten.

Der Arbeiter, der in schlechten Wohnungen hauste, zahlte dafür durchschnittlich 19% seines Arbeitslohnes. Die Verwaltung der Häuser befindet sich jetzt in den Händen der Mieter selbst. Die Bewohner eines jeden Hauses bilden eine Wohngenossenschaft und wählen die Verwaltung des Hauses. An deren Wahlen nehmen alle jene teil, die das Wahlrecht nach der Sowjetkonstitution besitzen. In den Hausverwaltungen haben Arbeiter und Angestellte die Mehrheit. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Arbeiter in den Hausverwaltungen Leningrads 59,7%, die der Angestellten 32,7%, Invalide und Arbeitslose 3,4%; kaum 4,2% entfallen auf alle anderen Bevölkerungsschichten.

Handels- und Industrielokale bleiben in der Hand des Sowjets und der Pachtschilling wird für die städtische Wohlfahrtspflege, teilweise auch für Bildungs- und Gesundheitsschutzzwecke, verwendet.

Der Mietzins ist gesetzlich geregelt und niemand hat das Recht ihn zu erhöhen. Die Höhe des Mietzinses wird festgesetzt in Abhängigkeit vom Berufe; für Arbeiter und Angestellte im Verhältnis zum Lohn. Kaufleute und andere Bürger, die nicht aus ihrem Arbeitseinkommen leben, zahlen in der Regel zehnfach so viel als der Arbeiter. Arbeiter mit einem Lohn bis zur 5. Tarifklasse zahlen insgesamt 10% des Friedenszinses. Der höchste Mietzins, den Arbeiter mit Spitzenverdienst bezahlen, beträgt 20% des Friedenszinses. Die Arbeitslosen zahlen nach dem Minimaltarif. Arbeiter und Angestellte zahlen den Zins nicht im vorhinein, sondern zehn Tage nach dem in der Wohnung schon verbrachten Monat.

Das ganze Einkommen aus dem Hause dient für wirtschaftliche Ausgaben und Instandhaltung, und darüber verfügen die Mieter selber. Nur in den Häusern, in denen viel nichtproletarisches Element wohnt, wird jetzt ein besonderer Pachtschilling eingehoben. Dieser wird für den Bau neuer Häuser in Arbeiterrayons verwendet. Und Neubauten sind äußerst dringend notwendig. Zum Zweck der Vermehrung der Wohnräume wurde zuerst eine Generalreparatur zerstörter Gebäude durchgeführt. Doch ist dies noch zu wenig und der Leningrader Sowjet schritt zu Neubauten von Arbeiterhäusern. Die Pläne dazu wurden durch einen Wettbewerb, woran die besten Architekten teilnahmen, ausgearbeitet. Als Resultat wurde eine Reihe neuer Häuserblocks aufgebaut. In den neuen Vierteln werden gleichzeitig sogenannte „Kulturheime“ für Versammlungen, Unterhaltungen usw. und Schulen für die Kinder gebaut.

Auf dem Gebiete der Gemeindeunternehmungen führt der Leningrader Sowjet die gleiche Politik wie in den übrigen Zweigen: sie soweit als möglich der arbeitenden Bevölkerung zugänglich zu machen und in erster Linie die Bedürfnisse der Arbeiterbevölkerung zu befriedigen. Wir wiesen schon darauf hin, daß bei Erweiterung des Straßenbahn- und Kanalisationsnetzes die Arbeiterviertel bevorzugt werden. Aber auch in der Exploitation dieser Unternehmungen sehen wir jene Grundsätze. Auf der elektrischen Straßenbahn ist ein Sondertarif für Arbeiter und Angestellte eingeführt. Monatlich werden von den Gewerkschaften 5 000 000 Anweisungen auf 35prozentige Ermäßigung ausgegeben. Außerdem sind die Tarifzonen in den Arbeitervierteln länger als im Zentrum, 5 km gegen 3 km. Um den Arbeitern den Besuch der im Zentrum gelegenen Theater, Museen und dergleichen zu erleichtern, existiert ein ermäßigter Hin- und Rückfahrttarif zum Zentrum. Dadurch wurde die elektrische Straßenbahn ein Verkehrsmittel für die Arbeiter. Vor dem Kriege kamen auf den Kopf der Bevölkerung 149, im Jahre 1925 aber 224 Tramwayfahrten jährlich.

Alle Maßnahmen der Kommunalwirtschaft werden einer detaillierten Durcharbeitung in der Kommunalsektion des Leningrader Sowjets unterworfen. In der Sektion arbeiten gegenwärtig 263 Mitglieder des Sowjets, davon sind 49% Arbeiter und 51% Angestellte. Die Sektion hat neben den Plenarversammlungen eine Reihe von Kommissionen für die einzelnen kommunalen Wirtschaftszweige. Durch die Mitglieder des Sowjets hält die Gemeindegewirtschaft immer eine enge Fühlungnahme mit den Arbeitern Leningrads aufrecht.